

Verkehrsvertrag

für saisonale Verkehrsleistungen

**auf der Strecke Neckarbischofsheim Nord und Hüffenhardt
(Krebsbachtalbahn)**

zwischen

dem Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg, Dorotheenstraße 8, 70173 Stuttgart

- nachfolgend **„Aufgabenträger“** genannt -

und

der **Auftragnehmer**

- nachfolgend **„EVU“** genannt -

Inhalt

Anlagen	2
Präambel.....	3
§ 1 Vertragsgegenstand	3
§ 2 Betrieb	4
§ 3 Fahrzeuge	4
§ 4 Fahrradmitnahme	5
§ 5 Marketing.....	5
§ 6 Personal und Fahrscheinverkauf im Zug.....	6
§ 7 Mitgliedschaft in Verkehrsverbünden	6
§ 8 Tarif und Vertrieb	6
§ 9 Gruppen- und Sonderfahrten	6
§ 10 Zuschuss	6
§ 11 Abschlagszahlungen.....	7
§ 12 Jahresrechnung	8
§ 13 Dynamisierung des Zuschussanspruches.....	8
§ 14 Dauer des Vertrags.....	8
§ 15 Sonstiges.....	8
§ 16 Salvatorische Klausel.....	9

Anlagen

Anlage 1	Fahrplan und Verkehrsleistung Krebsbachtalbahn
Anlage 2	Fahrzeuglastenheft
Anlage 3	Kalkulation

Präambel

Alle Beteiligten haben großes Interesse, die Schienenstrecke zwischen Neckarbischofsheim Nord und Hüffenhardt (Krebsbachtalbahn) mit einem Ausflugs- und Tourismusverkehr weiter zu betreiben und damit einen wichtigen Strukturimpuls zu geben.

Dieser Verkehrsvertrag ist eine Vereinbarung nach Art. 3 Abs. 1 i.V.m. Art. 9 Abs. 1 der VO (EG) 1370/2007 vom 23.10.2007 (Abl. Nr. L 315 Seite 1) in der Fassung vom 14.12.2016 (Abl. Nr. L 354 S. 22).

Der Verkehrsvertrag basiert auf Grundlage des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Regionalisierungsgesetz). Der Aufgabenträger beauftragt das Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU), Dienstleistungen für einen leistungsfähigen, attraktiven und bedarfsgerechten saisonalen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zur Stärkung eines nachhaltigen ÖPNV durchzuführen. In partnerschaftlicher und vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen EVU und dem Aufgabenträger sollen Qualitätsverbesserungen erzielt und die Kundenorientierung durch die Anwendung dieses Vertrages gestärkt werden.

Dies vorausgeschickt vereinbaren die Parteien Folgendes:

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand des Vertrages ist die Erbringung von Verkehrsdienstleistungen im SPNV als Ausflugs- und Freizeitverkehre auf der Schienenstrecke Neckarbischofsheim Nord und Hüffenhardt (Krebsbachtalbahn) als Nettovertrag im Umfang des in der **Anlage 1** („Fahrplan und Verkehrsleistung Krebsbachtalbahn“) dargestellten Zugkilometervolumens einschließlich der in den sonstigen Anlagen genannten Anforderungen.
- (2) Die Nutzung der Trasse zwischen Neckarbischofsheim Nord und Hüffenhardt durch das EVU wird nicht in diesem Vertrag, sondern in einem separaten Trassennutzungsvertrag gemäß den Schienennutzungsbedingungen (SNB) der ENAG geregelt.
- (3) Das EVU ist verpflichtet, die Verkehrsdienstleistungen gemäß den vorgegebenen Qualitätsanforderungen und den zu erfüllenden Qualitätsstandards der Leistungsbeschreibung und der Anlagen zu erbringen.

§ 2 Betrieb

- (1) Von Mitte/Ende April bis Mitte Oktober werden mindestens an jedem Sonn- und Feiertag sechs Fahrtenpaare „Neckarbischofsheim Nord – Hüffenhardt“ durchgeführt. Weitere Fahrtage sind jeweils der 3. Mittwoch von Mai bis September sowie nach Absprache weitere Tage, wie z.B. Ostern oder Adventssonntage.
- (2) Das EVU hat für einen zuverlässigen Betrieb zu sorgen. Steht das vorgesehene Fahrzeugmaterial nicht zur Verfügung, muss es für angemessenen Ersatz sorgen. Für jede ausgefallene planmäßige Zugfahrt, die nicht ersetzt wurde, ist das EVU zu einer Regresszahlung an den Aufgabenträger i.H.v. 200 € verpflichtet. Regresszahlungen kommen nicht zur Anwendung, wenn das EVU den ersatzlosen Ausfall nicht zu vertreten hat.
- (3) Ansprüche der ENAG an das EVU aus dem Trassennutzungsvertrag bleiben von den Regresszahlungen für Fahrzeug- und Zugausfälle unberührt.
- (4) Das EVU informiert die NVBW unverzüglich über voraussichtlich zu erwartende bzw. an Fahrtagen eingetretene Störungen und Zugausfälle.
- (5) Das EVU muss besonders auf die Sicherstellung der Anschlüsse im Bahnhof Neckarbischofsheim Nord achten und Kontakt mit der TP der S-Bahn Rhein-Neckar aufnehmen.
- (6) Zugausfälle, Anschlussversäumnisse und besondere Vorkommnisse sind der NVBW spätestens am nächsten Werktag zu melden.
- (7) Das vorgesehene Fahrplankonzept wird jeweils rechtzeitig vor Bestellschluss nach den Vorgaben der NVBW mit der ENAG abgestimmt.
- (8) Abfahrts- und Ankunftszeiten in Neckarbischofsheim Nord sind so zu legen, dass günstige Übergänge auf die S-Bahn aus bzw. in Richtung Meckesheim gegeben sind.
- (9) Das EVU ist für eine fristgemäße Anmeldung der vorgesehenen Trassen bzw. Stationshalte bei der ENAG verantwortlich.

§ 3 Fahrzeuge

- (1) Die Fahrzeuge müssen die Anforderungen der Anlage 2 (Fahrzeuglastenheft) erfüllen.
- (2) Der Ausflugs- und Freizeitverkehr wird mit Gebrauchtfahrzeugen durchgeführt. Historische Fahrzeuge (XXXXXXXXXXXX) kommen dabei zum Einsatz.

§ 4 Fahrradmitnahme

Das EVU hat in allen fahrplanmäßigen Zügen für ausreichende Fahrradmitnahmekapazitäten zu sorgen (mind. 6 Fahrräder). Die Fahrradmitnahme ist kostenlos.

§ 5 Marketing

- (1) Der Zug wird als „**bwegt Radexpress Krebsbachtäler**“ vermarktet.
- (2) Eine Bewirtschaftung der Züge mit Getränken und kleinen Snacks ist erwünscht.
- (3) Das EVU verweist auf eine Telefonnummer und Webseite des Fördervereins Krebsbachtalbahn, über die Informationen zu den Ausflugsverkehren erhältlich sind.
- (4) Das EVU stellt eine fristgemäße Einstellung der Fahrpläne in die Fahrplanmedien der NVBW, der DB, des VRN und der elektronischen Fahrplanauskunft Baden-Württemberg sicher. Die Fahrpläne werden auch in den Kursbüchern der NVBW veröffentlicht. Hierzu hat das EVU der NVBW die erforderlichen Daten rechtzeitig und unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Dies u.a. als Kursbuchtafel in Form einer Druckvorlage in elektronischer Form mindestens 6 Wochen vor Fahrplanwechsel.
- (5) Das EVU macht die Fahrtage in der Tagespresse sowie im Kursbuch der deutschen Museumseisenbahnen, in einschlägigen Hobbyzeitschriften und Internetforen bekannt. Es sorgt für die Verbreitung von Broschüren und Faltblättern über die Krebsbachtalbahn an geeigneten Orten. Ferner ist die NVBW über Marketingaktivitäten zu informieren, damit diese auch über die Publikationen des Landes und der NVBW bekannt gemacht werden können.
- (6) In Zusammenarbeit mit dem Förderverein Krebsbachtalbahn werden auch Informationsveranstaltungen wie z.B. der Reisemarkt Mannheim und der Maimarkt Mannheim mit einem Werbestand betreut.
- (7) Das Marketing des EVU darf nicht gegen Gesetze und behördliche Vorschriften verstoßen. Ebenso darf es nicht gegen die Interessen des Aufgabenträgers oder anderer Verkehrsunternehmen in Baden-Württemberg gerichtet sein.
- (8) Das EVU ist verpflichtet, bei Marketingmaßnahmen für Leistungen im Schienenpersonennahverkehr, die Gegenstand dieses Vertrages sind, die Grundregeln zur kommerziellen Kommunikation des Deutschen Werberates in der jeweils gültigen Fassung einzuhalten. Werbung für politische Parteien, Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände, Werbung religiösen, weltanschaulichen, das allgemeine Sittlichkeitsgefühl verletzenden, sexistischen oder pornografischen Inhalts und Werbung für Produkte, hinter denen erkennbar eine religiöse oder weltanschauliche Vereinigung steht, ist nicht zulässig.

§ 6 Personal und Fahrscheinverkauf im Zug

Die Züge sind mit mindestens einem Zugbegleiter zu besetzen, der die betrieblichen Handlungen durchführt und die Bedarfshaltwünsche der Fahrgäste dem Triebfahrzeugführer übermittelt.

§ 7 Mitgliedschaft in Verkehrsverbünden

Das EVU ist verpflichtet, dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH (VRN) beizutreten.

§ 8 Tarif und Vertrieb

- (1) Es gelten die Tarife des VRN.
- (2) Der Fahrscheinverkauf im Zug ist sicherzustellen.
- (3) Es sind folgende Fahrscheine im Zug zu verkaufen:
 - Einzelfahrscheine
 - Tagesticket.

§ 9 Gruppen- und Sonderfahrten

- (1) Beide Vertragsparteien sind bemüht, neben den fahrplanmäßigen Fahrten auch eine möglichst hohe Zahl an Gruppenreisen und Sonderfahrten zu akquirieren.
- (2) Hierfür wird die Zusammenarbeit mit örtlichen Gastronomiebetrieben angestrebt.

§ 10 Zuschuss

- (1) Dieser Verkehrsvertrag ist ein Netto-Verkehrsvertrag. Die Erlösverantwortung liegt allein beim EVU. Die Einnahmen und Erlöse aus dem Verkauf von Fahrausweisen verbleiben bei dem EVU. Das EVU trägt die vollen Risiken für die Erlösentwicklung während der Vertragslaufzeit.
- (2) Der Aufgabenträger zahlt an das EVU einen Zuschussbetrag (netto) auf Grundlage der im Angebot des EVU vom xx.xx.2021 kalkulierten Preise und der jährlich bestellten und erbrachten Leistung. Der Zuschussbetrag bemisst auf Grundlage des Kalkulationschemas Anlage 3.
- (3) Infrastrukturentgelte für die Nutzung von Trassen und Stationen aufgrund bestellter Fahrplanfahrten sind durchlaufende Kosten und werden dem EVU auf Nachweis und unter Vorlage einer prüffähigen Rechnung erstattet. Infrastrukturentgelte für Leerfahr-

ten und Abstellanlagen werden dem EVU nur entsprechend der angesetzten Kosten gem. Anlage 3 erstattet. Das EVU hat für die vom Aufgabenträger getragenen Infrastrukturkosten die jeweils günstigsten gültigen Konditionen zu vereinbaren.

- (4) Die Höhe des Zuschusses kann sich insbesondere verändern aufgrund von
- a) Überführung des Norm-Kalenderjahres zum Ist-Kalenderjahr,
 - b) Leistungsänderungen.
- (5) Auf Grundlage der Beschlüsse der Finanzministerkonferenz vom 23.06.1994 und der Verkehrsministerkonferenz vom 16./17.11.1995 sind alle fahrplanmäßigen Verkehrsangebote zur Bedienung der Allgemeinheit nicht als Gegenwert einer konkreten Bestellung einzelner Nahverkehrsleistungen anzusehen. Zahlungen aufgrund von hierüber getroffenen Regelungen unterliegen daher nicht der Umsatzsteuer, sondern sind als echte nicht steuerbare Zuschüsse im Sinne der Ziffer 10.2 Abs. 7 des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses anzusehen. Die Vertragspartner gehen davon aus, dass der Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 23.06.1994 und der Verkehrsministerkonferenz vom 16./17.11.1995 Bestand hat und die in diesen Vertragsunterlagen geregelten Zuschusszahlungen des Aufgabenträgers nicht der Umsatzsteuerpflicht unterliegen. Dies ist eine wesentliche Grundlage des Vertrages im Sinne des § 313 Abs. 1 BGB. Bei Eintritt der Umsatzsteuerpflichtigkeit und Bestehen einer konkreten Zahlungspflicht des EVU gegenüber dem Finanzamt wird der Aufgabenträger die dann anfallende Umsatzsteuer erstatten, soweit das EVU zuvor nach den Vorgaben des Aufgabenträgers – und insoweit erfolgter Freistellung von den Kosten der notwendigen Rechtsverfolgung – alle erforderlichen Maßnahmen gegen eine diesbezügliche Steuerfestsetzung eingeleitet hat. Das EVU hat den Aufgabenträger unverzüglich nach erster Kenntniserlangung von der Umsatzsteuerpflichtigkeit schriftlich hierüber zu informieren. Bei Eintritt der Umsatzsteuerpflicht kann der Aufgabenträger erforderliche Anpassungen des Leistungsumfanges vornehmen.

§ 11 Abschlagszahlungen

- (1) Dem EVU steht beginnend und endend mit dem ersten bzw. letzten Monat der Erbringung von Betriebsleistungen mit Nutzfahrten ein Anspruch auf eine monatliche Abschlagszahlung zu. Diese ermittelt sich auf der Basis des zeitanteiligen kalkulatorischen Zuschusses des betreffenden Jahres und den Infrastrukturkosten.
- (2) Der Aufgabenträger setzt die Abschlagsraten jeweils jährlich im Voraus fest. Die Festsetzung erfolgt im März für das im April beginnende folgende Fahrplanjahr. Die Abschlagsraten werden auf Basis des ausgefüllten Kalkulationsschemas und angekündigter Veränderungen der Infrastrukturnutzungsentgelte für Fahrplanfahrten festgesetzt.

Der Aufgabenträger darf bei der Festsetzung der Abschlagszahlungen zu erwartende Leistungsumfänge, Zugauffälle und Vertragsstrafen berücksichtigen.

- (3) Die monatlichen Abschlagszahlungen werden jeweils zum 16. eines Monats fällig.

§ 12 Jahresrechnung

Nach Vorlage aller Infrastrukturjahresrechnungen erstellt das EVU spätestens zum 15.12. des jeweiligen Betriebsjahres eine prüffähige Jahresrechnung.

§ 13 Dynamisierung des Zuschussanspruches

Der Zuschussanspruch des EVU ohne die Infrastrukturkosten wird nicht dynamisiert.

§ 14 Dauer des Vertrags

- (1) Der Vertrag beginnt am xx.05.2021 und läuft bis 31.12.2021.
- (2) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor
- a. wenn eine Partei nachhaltig in erheblichem Umfang gegen die Verpflichtungen aus diesem Vertrag verstößt,
 - b. wenn eine Partei ihre geschäftliche Tätigkeit einstellt oder zahlungsunfähig wird,
 - c. wenn über das Vermögen einer Partei das Konkurs-, Vergleichsverfahren oder ein damit vergleichbares Insolvenzverfahren rechtskräftig eröffnet oder die Eröffnung rechtskräftig abgelehnt wird, oder
 - d. wenn die Zulassung einer Partei als Eisenbahnverkehrsunternehmen oder Eisenbahninfrastrukturunternehmen erlischt oder von der zuständigen Aufsichtsbehörde widerrufen wird.

§ 15 Sonstiges

- (1) Das EVU darf sich bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen Erfüllungsgehilfen im Sinne des § 278 BGB bedienen, soweit dies im Rahmen der für die Durchführung des Schienenverkehrs erforderlichen Genehmigungen möglich ist.
- (2) Das EVU berichtet der NVBW regelmäßig mindestens einmal jährlich bis spätestens 30.11. des Jahres über die Erfahrungen mit dem bestehenden Leistungsangebot sowie allen Angelegenheiten, die für die NVBW von Belang sein könnten.

§ 16 Salvatorische Klausel

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit des Vertrags hierdurch nicht berührt. Die Vertragsparteien sind in einem solchen Falle verpflichtet, die unwirksamen Bestimmungen durch die Schaffung von Bestimmungen zu ersetzen, die ein wirtschaftlich möglichst nahekommendes Ergebnis erreichen.
- (2) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform gemäß § 126 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB).

Stuttgart, den

Mannheim, den

Ministerium für Verkehr

EVU

Baden-Württemberg

EVU